letzten Zeit, weil Stresemann in der Schulfrage Oberschlesiens und in der Frage der Besatzung des Saargebiets Zugeständnisse gemacht hat, die über die Verpflichtungen der deutschen Republik hinausgehen.

Wenn Petrich gemeint hat, in unserer Entschließung würde nicht von einer vollkommenen Abrüstung, sondern nur von Rüstungsbeschränkung gesprochen, so mache ich darauf aufmerksam, daß wir im Augenblick keine Veranlassung haben, eine vollständige Abrüstung in allen Ländern zu fordern. Darüber sind wir uns einig, daß wie jede imperialistische Rüstung, jeden Militarismus bekämpfen. Aber wir können nicht verlangen, daß z. B. die österreichischen Genossen die Wehrmacht beseitigen, damit die ungarischen Monarchisten über dieses Land herfallen können. (Sehr richtig!) Wir fordern in unsern Programmen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich und überall, daß die Wehr, die in diesen Ländern vorhanden ist, unbedingt republikanisch zuverlässig ist, also ein Instrument der Verteidigung gegen reaktionäre Anschläge von innen und außen. Was Rußland anbetrifft, so möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß ich von den russischen Genossen beauftragt bin, zu erklären, daß auch sie jede Koalierung mit einer bürgerlichen Regierung gegen Sowjetrußland ablehnen, und ich möchte weiter sagen, daß wir mit ihnen entschlossen sind, gegen jede bürgerliche Regierung anzukämpfen, die aus diesem neuen Streitfall kriegerische Verwicklungen zu machen gedenkt.

Noch ein Wort über die Frage, wie es möglich sei, daß Sozialisten von einer friedlichen Tendenz im Kapitalismus sprechen können. Ich kann mich hierbei auf Marx berufen, der in seinen Schriften dargelegt hat, daß es auch für den Kapitalismus Zeiten gibt, wo er auf eine friedliche Entwicklung in seinem eigenen Interesse angewiesen ist. Wenn der Kapitalismus Warenabnehmer und Arbeitskräfte braucht, wenn er Goldkapital in produktives Kapital umwandeln will, dann braucht er friedliche Verhältnisse. Man kann nicht mit Kanonen und Giftgasen Waren absetzen und Arbeitskräfte gewinnen. Es ist so, daß dem Kapitalismus Tendenzen zu Krieg und zu Frieden innewohnen, die je nach der Situation, bald die eine, bald die andere stärker auftreten. Als Sozialisten müssen wir friedliche Tendenzen, die im Kapitalismus vorhanden sind, fördern und versuchen, den widerspruchsvollen Kapitalismus durch die sozialistische Gesellschaft zu überwinden. Wenn man fragt, was wir tun können, um unsere Genossen in China, England, Italien, Sowjetrußland zu unterstützen, dann antworte ich: die beste Unterstützung der unterdrückten Völker und Arbeitermassen ist der geschlossene Klassenkampf des europäischen Proletariats gegen die Reaktion in den einzelnen Ländern. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag nimmt einstimmig den Antrag 203 an und erklärt die Anträge 177 und 178 dadurch für erledigt, ebenso Antrag 68.

Antrag 179 wird der Internationale überwiesen.

Antrag 180 ist beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt worden.

Zum Bericht der Agrarkommission erhält das Wort Georg Schmidt, Berlin.

Georg **Schmidt**, Berlin: Ihnen liegt der neugefaßte Entwurf eines Agrarprogramms vor.

Im Abschnitt IV muß es nicht heißen: „die Sozialpolitik", sondern die „Steuerpolitik". Ich bitte, diesen Druckfehler zu berichtigen. Dann bitte ich, den Redakteuren des Entwurfs die Vollmacht zu geben, einige Fremdwörter ohne sachliche Aenderung zu verdeutschen.

Erfreulicherweise kann ich berichten, daß die Agrarkommission nach einer längeren Rede und weiteren Ausführungen des Genossen Kretzen sich einstimmig auf den vorliegenden Entwurf geeinigt hat. (Bravo!) Nicht alle

Wünsche des Genossen Kretzen haben dabei Aufnahme gefunden wie z. B. bezüglich der Monopolfrage. Aber andererseits sind auch die Wünsche des einen oder anderen Kommissionsmitgliedes nicht befriedigt worden. Trotzdem ist die Einigung zustandegekommen.

Unter I Ziffer 2 ist der Satz hinzugefügt worden: „Der nicht staatliche Waldbesitz ist einer wirksamen Staatsaufsicht zu unterwerfen." Dies gilt sowohl für Privatbetriebe und solche in öffentlicher Hand (Gemeinde- und Kirchenwaldungen). Wir müssen im großen und kleinen Forstbetrieb zu einer rationalen Wirtschaft kommen.

Unter I Ziffer 3 ist der Satz hinzugefügt: „die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften sind dabei in ihrem Bestande zu schützen."

Sehr wesentlich ist die Einfügung eines neuen Absatzes an derselben Stelle: „Die auf dem enteigneten Boden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind bei der Besiedlung bevorzugt zu berücksichtigen." Wenn wir die Landflucht bekämpfen wollen, die im wesentlichen nichts anderes ist als die Abwanderung der Landarbeiter aus den landwirtschaftlichen Betrieben, müssen wir in erster Linie dafür eintreten, das auf dem Land arbeitende Volk in seiner Gesamtheit auch dem Lande zu erhalten. (Bravo!)

In einer Ihnen zugegangenen Drucksache des Landarbeiterverbandes ist in einem Artikel „Agrarreform und Landarbeiterschicksal in der Tschecho-Slowakei" die Entwicklung dargelegt, wie die Landarbeiter infolge der nationalen Einstellung bei der Siedlung der enteigneten deutschen Güter in die Städte und Industriebezirke abwanderten. Das wollen wir nicht, und deshalb ist dieser Zusatz aufgenommen. Auch in Deutschland sind bei der Aufteilung von Gütern manchmal Schwierigkeiten entstanden, weil die Landarbeiter nicht untergebracht wurden. Eine geldliche Entschädigung nützt nicht viel, sondern wir müssen dahin wirken, daß sie angesiedelt werden. Es muß aber bei jeder Gelegenheit ausgesprochen werden, daß die Erfüllung des Wunsches, das Landarbeitervolk, Kleinbauern und Kleinbauernsöhne auf dem Lande anzusiedeln, nur möglich ist, wenn die politische Macht der Sozialdemokratie verstärkt wird. (Sehr richtig!) Wir werden hierbei von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf Widerstand stoßen.

Durch Einfügung des dritten Absatzes an dieser Stelle soll einem Wunsche der Opposition Rechnung getragen werden, Großbetriebe in allgemeine Bewirtschaftung zu nehmen. Dazu gehört allerdings auch eine entsprechende Erziehung des Landvolkes, eine geistige Umstellung der Landarbeiterschaft und eine andere Einstellung der Kleinbauernschaft. (Sehr richtig!)

Unter I Ziffer 5 sind die Worte „nach Möglichkeit" gestrichen worden. In der Industrie und dem Gewerbe kann ein Betriebswechsel viel eher erfolgen. In der Landwirtschaft muß der Bauer und auch der Großlandwirt in seinem Betrieb gesichert sein. Aber Betrieb und Besitz, Betrieb und Eigentum sind grundverschiedene Dinge. (Sehr richtig!) Die Domänenpächter in Deutschland die im allgemeinen nicht zu den schlechtesten Landwirten gehören, wirtschaften auch nicht auf ihrem Eigentum, sondern auf Land, das dem Staat gehört.

Eine sehr wichtige Ergänzung ist bei den Forderungen für die Land- und Forstarbeiter erfolgt, nämlich der Hinweis auf den Lohnkampf der Landarbeiterschaft. Die Land- und Forstarbeiter müssen mehr als bisher in ihrem Freiheitskampf dieselben Wege betreten wie die industriellen Arbeiter. Wir unterstreichen es nochmals, daß eine Befreiung des Landproletariats um so mehr von Erfolg begleitet sein wird, wenn die politische Macht der Arbeiterklasse stärker wird. Der gewerkschaftliche Kampf hat bisher erheblich zur Verbesserung der Lage der Landarbeiter beigetragen.

Wenn in dem Antrag 109 die Genossen aus Osterode in Ostpreußen eine Befürchtung aussprechen (siehe Absatz c ihres Antrags), so glaube ich, braucht man nicht noch zu unterstreichen, daß wir ganz genau wissen, daß dieses Programm noch nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wer aber den Entwurf gelesen hat, muß sich sagen, dieses Programm beschränkt sich im wesentlichen auf Gegenwartsforderungen und ist sachlich ausgearbeitet. Im Namen aller Kommissionsmitglieder betone ich, daß sie auf die sozialistischen Forderungen zugunsten der Landarbeiterschaft in der Gegenwart den größten Wert legen. Wir unterscheiden uns darin grundsätzlich von der liberalen Einstellung, daß die soziale Frage des Landarbeiters gelöst sei, wenn man ihm Haus und Land gibt.

Wenn der Großgrundbesitz und die Inhaber der Großbetriebe sich einbilden, daß nur auf der Grundlage niedriger Landarbeiterlöhne ihre Existenz gesichert werden soll wie bisher, so werden sie darin bei der Sozialdemokratie den schärfsten Gegner finden. Ich unterstreiche, daß der deutsche Landarbeiterverband erfreulicherweise immer mit der Partei Hand in Hand gegangen ist, weil man eingesehen hat, daß die Landarbeiterforderungen zu einem wesentlichen Teil eine politische Frage sind. Die Landwirte müssen durch höhere Löhne und bessere Behandlung der Landarbeiterschaft, was natürlich mit einem Mehraufwand verbunden ist, gezwungen werden, ihre Betriebe rationell zu bewirtschaften. Können sie dabei nicht bestehen, dann müssen sie zurücktreten und anderen Kräften Platz machen, die in die neue Zeit passen. Wenn dabei die Abwanderung des Bodens vom schlechten zum guten Landwirt erfolgt, dann entspricht das vollkommen unserer Einstellung. Wird dadurch gleichzeitig Siedlungsland frei, dann können auf diesem Land, was wir ebenfalls begrüßen, Landarbeiter und Kleinbauern angesiedelt werden. Wie auch Professor Aeroboe in seiner Schrift über die landwirtschaftliche Betriebslehre treffend über die Lohnfrage diese Verhältnisse schildert, wird die Steigerung der Löhne die Landwirte zwingen, rationell zu wirtschaften und unsere Vorschläge für die Produktionssteigerung verwirklichen. Ostelbien muß mit Bauerngemeinden durchsetzt werden. Die Landarbeiter wissen, was Abhängigkeit bedeutet. Darum wollen sie Wohnverhältnisse haben, durch die sie unabhängig werden. Auch bezüglich des Eigenheims müssen wir diese Frage je nach den Verhältnissen in den betreffenden Gebieten beurteilen. Es handelt sich vor allen Dingen darum, die Landarbeiterschaft aus dem Werkwohnungsverhältnis zu befreien.

Die in diesem Programm aufgestellten Forderungen sind zu einem wesentlichen Teile der landarbeitenden Bevölkerung auch heute noch nicht geläufig. Die Sozialdemokratie muß aber auch Forderungen vertreten, die scheinbar unpopulär sind. Wir müssen den Arbeitern gegenüber auf die Grundursache ihrer schlechten Lage, nämlich die Abhängigkeit, eingehen und ihnen sagen, daß sie denselben Kampf mit denselben Zielen wie die industrielle Arbeiterschaft zu führen haben. Die organisierten Landarbeiter erkennen die Grundsätze dieses Programms an, wie auf den Konferenzen des Deutschen Landarbeiterverbandes bestätigt wurde. Gewiß wird es Landarbeiter, Bauern und viele andere geben, die das nicht für richtig halten. Es gilt aber für eine Partei, die die Zukunft gewinnen will, daß sie sich an die Intelligenz unter der Arbeiterschaft zu wenden hat, um sie aufzuklären, damit diese als Pioniere auf dem Land draußen neue Gedanken verbreiten. Einen großen Erfolg haben wir erzielt, daß nun ein Stamm von bewährten Vertrauensmännern auf dem flachen Lande vorhanden ist, die bei dem künftigen Wahlkampf und jeder andern Gelegenheit mit uns wirken werden. (Bravo!)

Wollen wir das Landvolk gewinnen, so müssen wir für die nötige Freizeit sorgen und dem Landarbeiter sagen, daß er sich und seine Familienmitglieder von übermäßiger Arbeit auf dem Deputatland, der sogenannten Eigenwirtschaft, befreien muß. Ich sehe ein Ziel darin, den Landarbeiter in Wohnungen unterzubringen, in denen er nicht mehr vom Unternehmer abhängig ist, die nur mit dem nötigen Gartenland ausgestattet sind.

Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind niemals für eine schematische Anwendung des Achtstundentages in der Landwirtschaft eingetreten. Wir fordern das ja auch nicht für bestimmte Betriebe in der Wirtschaft. Es ist eine dumme, einfältige Behauptung unserer Gegner, wir beachteten die Eigentümlichkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes nicht. Um es zum Ueberfluß zu sagen: wir wissen, daß die landwirtschaftliche Arbeit von Klima, Witterung, Lichtverhältnissen usw. abhängig ist. Ich sage mit ausdrücklicher Betonung von dieser Stelle aus, daß die Gegner, die etwas anderes behaupten, bewußt lügen. (Sehr richtig!) Ganz besonders gilt dies gegenüber den landwirtschaftlichen Unternehmern, die derartige unwahre Behauptungen aussprechen, weil die Landarbeitertarife, die es erst gibt, seitdem Sozialdemokraten die Landarbeiter politisch befreit haben, das Gegenteil aktenmäßig nachweisen. (Sehr richtig!)

Dieses Programm ist unseren Gegnern sehr unbequem. Das merkt der Landbund schon jetzt sehr fühlbar. (Sehr richtig!) Genossen! Sorgt dafür, daß er es noch mehr merkt, wenn wir auf Grund dieses Agrarprogramms auf dem platten Lande noch intensiver als bisher arbeiten. (Bravo!) Unser Kampf wird sich hauptsächlich gegen die Großbetriebe richten. Auch in der Landwirtschaft haben wir die Rationalisierung. Die Berufsstatistik von 1925 weist gegenüber 1907 einen Rückgang der Arbeitskräfte, auch auf den Hektar berechnet, auf. Leider muß ich es mir versagen, darauf näher einzugehen. Damit ist aber auch die Behauptung des angeblichen Rückganges der Arbeitsleistung widerlegt, wenn heute weniger Arbeiter dieselbe Fläche Landes rationell bewirtschaften.

Alle Fortschritte müssen dazu dienen, die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft einzuschränken. Darum gilt auch für die Landwirtschaft unser Streben, die Arbeitszeit weitestgehend zu verkürzen. Aber auch der Klein- und Mittelbetriebsinhaber muß sich im Interesse aller in diesem Betrieb Arbeitenden, also auch seiner selbst und seiner Familienangehörigen, aller fortschrittlichen Methoden bedienen, um eine Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft zu erzielen. (Sehr gut!) Die Inhaber der bäuerlichen Betriebe müssen dieser Frage die größte Bedeutung beilegen, sonst wird der Mangel an Arbeitskräften für diese Betrieb, der sogenannten Knechte und Mägde — ich gebrauche diesen Ausdruck nicht gern —, noch größer werden, als er heute schon ist. Aus allen Arbeitsnachweisberichten über den Stand des Arbeitsmarktes geht ein Mangel an sogenanntem Gesinde in allen Teilen Deutschlands hervor. Die Klein- und Mittelbauern müssen daher für diese fremden Arbeitskräfte vorbildliche Verhältnisse schaffen, damit dieselben auf dem Lande bleiben.

Ich unterstreiche unsere Forderungen bezüglich der Frauen und Jugendlichen. Hier ergibt sich ein dankbares Feld agitatorischer Betätigung auf dem Lande. Die Wohnungsfrage, Mutterschutz, Schutz und Pflege der heranwachsenden Jugend, Kinderschutz sind Kulturfragen, mit denen wir an Herz und Gemüt der Landarbeiter- und Kleinbauernfrau appellieren können. Die Genossin Schroeder hat das in diesen Tagen schon sehr gut getan. Wir müssen zu Tausenden hinausziehen und diesen Frauen sagen, daß wir ihnen helfen wollen; dann werden wir sie auch für unsere Ziele gewinnen. (Bravo!)

Die Hofgängerfrage ist ein spezifisch ostelbisches Problem. Schenken Sie dieser Frage Beachtung! Es ist ein kulturunwürdiger Zustand, daß in Ein- oder Zweizimmerwohnungen 6, 7 und 8 Menschen und dazu noch die fremden Arbeitskräfte zusammenhausen müssen.

Zur Steuerfrage will ich nur kurz darauf hinweisen, daß die Steuerleistungen des Großgrundbesitzes dem Staate lange nicht das einbringen, was die Kleinbauern zahlen. (Sehr richtig!) Ich könnte Beispiele dafür anführen, daß in manchen Bezirken Besitzer von großen Gütern noch nicht so viel Steuern bezahlen als die auf den Gütern beschäftigte Arbeiterschaft (Hört, hört!), wobei zu bedenken ist, daß der größte Teil der Arbeiterschaft durch Heraufsetzung der Grenze des steuerfreien Lohnanteils steuerfrei ist und nur die paar Verwalter und Administratoren also mehr Steuern als der Besitzer zahlen. (Hört, hört!) Diese Leute haben aber auch kein großes Lohneinkommen.

Zur Zollfrage mache ich darauf aufmerksam, daß bei der Wirtschaftskonferenz in Genf unsere deutschen Agrarier den Satz geschluckt haben, daß an den Abbau der landwirtschaftlichen Zölle zu denken ist. (Hört, hört!) Wir werden in Deutschland die Schiele und Genossen immer wieder daran erinnern. (Sehr richtig!)

Das Landvolk müssen und werden wir gewinnen. Der Kampf um die Landarbeiter- und Bauernseele steht in allen Parteien im Vordergrund. Wir wollen und müssen die politische Macht erobern. Unterschätzen wir aber nicht, daß wir dazu wesentliche Teile des Landvolks erst gewinnen müssen. (Sehr richtig!) Dazu soll dieses Programm dienen.

Ueber die Bekämpfung des Zwischenhandels wird von denen von rechts sehr viel geredet und geschrieben —, getan wird gar nichts. Lassen wir uns doch durch den antisemitischen Radau des Landbundes nicht verblüffen! Alle unsere Vorschläge im Reichstag und in den Landtagen, den überflüssigen Zwischenhandel weitgehend auszuschalten, wurden abgelehnt, und zwar mit oberflächlichen Redensarten und Verlegenheitsausreden. Vergessen wir nicht, daß die Rechtsparteien heute in den Städten noch einen sehr beachtenswerten Anhang haben. Wählerrücksichten halten besonders die Deutschnationalen davon ab, den großen Verdiensten des Zwischenhandels zu Leibe zu gehen.

Wir werden zu den einzelnen Kapiteln des Programms Kommentare herausgeben. Der Parteivorstand wird sicher dazu beitragen, daß das, was wir hier beschließen, sich praktisch auswirkt. Das ist unbedingt notwendig, besonders im Hinblick auf das kommende Wahljahr. Der Antrag der Agrarkommission geht dahin, das Agrarprogramm einstimmig anzunehmen und mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitages auf jede Debatte zu verzichten. (Bravo!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte sagen, die vielleicht eine persönliche Note haben. Es müssen Mitarbeiter auf das Land hinaus. Landversammlungen brachten mir fast immer eine innere Befriedigung. Man plagt sich da draußen nicht so sehr ab mit wohlgemeinten Erörterungen über fernliegende Probleme; man schmiedet auch nicht so viel Resolutionen. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Die Landagitation kostet zwar Schweiß, aber sie bringt dauernden Erfolg. Lassen Sie sich gesagt sein, daß auf dem Lande das gesprochene Wort des Referenten viel länger nachwirkt als in den Städten. (Sehr richtig!) Gehen wir also an die Gewinnung des platten Landes für den Sozialismus mit dem Agrarprogramm des Kieler Parteitages. (Beifall.)

Das von der Agrarkommission vorgelegte Agrarprogramm wird darauf unter Ablehnung aller übrigen Anträge einstimmig mit großem Beifall angenommen.

Die zu Punkt 7 der Tagesordnung noch vorliegenden Anträge, die sich auf die Tagesordnung und den Tagungsort des kommenden Parteitages beziehen, werden auf Vorschlag des Vorsitzenden Wels dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß für die Beschlußfassung überwiesen.

Inzwischen hat sich die Kontrollkommission konstituiert und zum ersten Vorsitzenden den Gen. Friedrich Brühne, zum zweiten Vorsitzenden den Gen. Wilhelm Bock und zum Schriftführer den Gen. Hengsbach gewählt. Anschreiben und Beschwerden sind an die Adresse des Gen. Friedrich Brühne, Frankfurt a. M., Oppenheimer Landstraße 46, zu richten.

Löbe, Berlin: Genossinnen und Genossen! Es wird uns Gelegenheit geboten, die frohe Begrüßung der Kinder von gestern zu vergelten. Draußen steht ein Tisch und über ihm ein leider viel zu klein gehaltenes Schild, auf dem steht: „Wenn jeder Delegierte 1 Mk. bezahlt, können wir 30 Kinder in unser Zeltlager aufnehmen". (Bravo!) Ich befürchte, daß das kleine Schild von manchem übersehen wird. Es wäre aber schmerzlich für die Leitung der Kinderfreunde und nicht sehr ehrenvoll für den Parteitag, wenn nur ein kleiner Teil der Delegierten diesem Wunsch nachkäme. Deshalb erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, und Sie gleichzeitig zu bitten, wenn Sie einen leeren Stuhl neben sich haben, für den Betreffenden mitzubezahlen und den Flüchtigen haftbar zu machen. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Vors. **Wels:** Ich hoffe, daß dieser Anregung von allen Folge geleistet wird.

Parteigenossen und -Genossinnen! Damit wären wir am Schlusse des Parteitages angelangt. Ich handle sicher im Sinne aller Parteigenossen, die die Gastfreundschaft der Kieler Partei in dieser Woche in Anspruch genommen haben, wenn ich sage: habt Dank, Ihr Genossen von Kiel, habt Dank, Ihr Genossen des Bezirks Schleswig-Holstein, für all das Schöne, für all das Herrliche, das Ihr uns in diesen Tagen gegeben habt! (Lebh. Bravo!) Es war ein Parteitag, der in seiner Gestaltung alles übertraf, was wir jemals auf Parteitagen erlebt haben. (Sehr richtig!) Aus allem sprach die tiefe Liebe zur Partei, sprach die innere Verbundenheit mit unserer Bewegung. Vom Kinderempfang vor dem Bahnhof am Freitag der verflossenen Woche an erlebten wir Stunde für Stunde Dinge, die sich tief in unsere Herzen eingruben und auch bestimmt einen tiefen, für das ganze Leben haftenden Eindruck in den Herzen derer hervorgerufen haben, die als Kinder, als Jugendliche, als Erwachsene der Provinz Schleswig-Holstein an den Veranstaltungen teilnahmen. (Zustimmung.)

Gestern war der Tag des Mysteriums von der Himmelfahrt, der Tag der immerwährenden Sehnsucht, der Wanderung in ein ewiges Leben des Glücks und der Freude. Gestern stand in der Jugend von Kiel die immer wiederkehrende Erneuerung als der Begriff des ewigen Lebens vor uns, und wir alle fühlten: aus der Jugend und in der Jugend erwächst die Arbeiterbewegung zu einer Kraft von gigantischer Größe, die sie haben wird und haben muß, um ihr Ziel zu erreichen.

Unvergeßlich wird uns allen in dieser harten Arbeitswoche der Ausflug bleiben, den wir nach Eckernförde unternehmen konnten. Die Stunden in frischer und starker Seeluft werden bei vielen tief haften und sich mit dem dankbaren Erinnern an die freundliche Aufnahme durch unsere braven und wackeren Eckernförder Genossen verbinden. Ich habe den Dank des Parteitages dann auch für das grandiose Schauspiel der Uferbeleuchtung bei dem Empfang durch das Reichsbanner zum Ausdruck zu bringen. Das war nicht das Werk eines Pyrotechnikers, sondern das war etwas anderes. Jede glühende Flamme, die sich da am Ufer mit den anderen zu einem einheit-

lichen Bilde gestaltete, war eine Feuersäule der Liebe und Begeisterung für die Partei. Jeder Mann am Ufer, der eine Fackel trug, war sich bewußt, nur ein Punkt zu sein in dem gewaltigen Gemälde, das da geschaffen wurde; aber jeder Einzelne war sich auch bewußt, daß er in dem Gemälde nicht fehlen dürfe, wenn nicht eine Lücke entstehen solle. Jeder war von dem Gefühl seiner Unersetzbarkeit durchdrungen und nahm so die Strapazen auf sich, die mit diesem einzigartigen Gruß verbunden waren. Es war eine symbolische Darstellung des Heldentums der vielen Ungenannten, die die Größe der Partei geschaffen haben, die ihre Grundlage bilden. Trotz des glänzenden Rahmens an klingenden Namen, an denen die Partei in ihrer Geschichte so reich ist, will ich zwei der leuchtendsten Namen noch einmal nennen: Molkenbuhr und Adolf Braun. Ihnen jetzt noch einmal zu danken, ist mir Herzensbedürfnis. (Bravo!) Es war ein Glück, sie beide zu kennen, es war ein höheres Glück, mit ihnen zusammenarbeiten zu dürfen, mit diesen beiden Menschen von so hoher Selbstlosigkeit, von so glühendem Idealismus, von so flammender Begeisterung, die draußen wirbt, jener Begeisterung, die zum stillen Studium nach harter Arbeit treibt, um das Höchste für die Sache zu leisten, der sie ihr Leben geweiht haben. Was Molkenbuhr in der deutschen Sozialpolitik, was Adolf Braun als Journalist, als Politiker, als Schriftsteller uns gegeben haben, ist unvergänglich in der Geschichte der Partei. Dafür sage ich den beiden im Namen des Parteitages, im Namen der Massen draußen noch einmal herzlichen Dank. (Lebh. Bravo!)

Die Kieler Woche war ein Erlebnis für die Partei, ein Erlebnis für jeden von uns, und das Lob der Schleswig-Holsteinischen Parteiorganisation und ihrer Jugend wird klingen durch Tausende von Versammlungen, in denen der Bericht über diesen Parteitag erstattet wird. Hochverdient ist dieses Lob, und der Kieler Parteitag ist bestimmt, als Vorbild zu dienen.

Wir haben auf diesem Parteitag auch den Genossen zu danken, die der Arbeit des Parteitages selbst durch ihre Tätigkeit in den Kommissionen entzogen wurden. Es ist ihnen manches entgangen, während sie sich mühen mußten, dem Wohle der Partei dienend, die unangenehmen Dinge, die in einem so großen Rahmen nun einmal unausbleiblich sind, zu prüfen und zu erledigen.

Wir haben auf diesem Parteitag lebhafte Diskussionen gehabt. Ich will von dem Bericht des Parteivorstandes und der Aussprache, die sich daran schloß, nicht mehr reden. Was darüber zu sagen war, haben andere im Laufe des Parteitags bereits zum Ausdruck gebracht. Aber auch in dieser Debatte trat das starke, in der Partei pulsierende Leben in die Erscheinung, das uns vor allem am gestrigen Tage, dem großen Tage des Parteitages, erfüllte. Das Pfingstfest, das seine Strahlen auf unsere Tagung wirft, das Fest der Ausgießung des Heiligen Geistes, der die Jünger Christi einstmals beflügelt hat, in die Welt hinauszugehen und in tausend Zungen zu predigen, es lebte für uns in der großen Rede unseres Gen. Hilferding und in ihrem gewaltigen Hymnus auf unsere sozialistische Weltanschauung auf. Niemand vermochte sich der Wucht seiner Sprache, der Tiefe seiner Argumentation zu entziehen; jeder war durchbebt von der Leidenschaft und von der glühenden Liebe zur Sache des Proletariats, von der diese Rede Zeugnis ablegte. Diese Rede und die im Anschluß daran geführte Aussprache werden Zehntausende von Arbeitern aus Gleichgültigkeit erwecken und zu Klassenkämpfern erstehen lassen, wenn wir diese Rede als Werbeschrift in der geeigneten Weise verarbeiten und verwerten. (Zustimmung.)

Wir brauchen uns nicht zu schämen, daß auf diesem Parteitag in Abweisung des trivialen Schlagworts vom Personenkult auch einigen Personen

gehuldigt wurde, die als Sinnbild der aufbauenden Kraft unseres organisatorischen Lebens an besonderer Stelle der Republik ihre Arbeit widmen mußten und sich dort unvergängliche Verdienste erworben haben. (Lebh. Bravo!) Wir bekennen uns stolz dazu, eine Kämpfernatur wie Severing zu feiern, und wir sind stolz darauf, so starke Persönlichkeiten wie Otto Braun zu besitzen. Wir geben von unserer demokratischen Einstellung und Gesinnung nichts auf, wenn wir uns zu ihnen bekennen und sagen: erlahmt nicht in Eurer Arbeit für das allgemeine Wohl. (Lebh. Zustimmung.) Es ist trotz alledem doch so, daß unsere heutige Zeit versinnbildlicht wird durch Persönlichkeiten, die der Sozialismus ihr gegeben hat in der Zeit des Aufstiegs nach unerhörtem Zusammenbruch, in der Zeit der Wüstenwanderung durch die Ruhrbesetzung und die Inflation hindurch zu einer verhältnismäßigen Konsolidierung.

Wir bekennen uns zu dem Staat, weil wir ihn besitzen wollen; wir schützen ihn, weil er ein gastliches Haus werden soll für uns und erst recht für die kommenden Generationen. (Sehr wahr!)

Wir haben uns auf diesem Parteitag mit kulturellen Fragen im Sinne unserer Tradition befaßt, den Glauben an die ewige Kraft des Kapitalismus zu zerstören, nach dem es immer Herren und Knechte geben müsse. In dem Agrarprogramm haben wir eine über dreißig Jahre laufende Debatte einem gewissen Ende zugeführt, aber doch nur, um wiederum zu wissen, daß wir mit der Annahme dieses Programms vor einem neuen Anfang des Kämpfens, der Forschung und der Arbeit stehen. (Sehr richtig!) Wir haben damit unser Waffenarsenal aufgefüllt zu Nutz und Frommen der ländlichen Bevölkerung, der Landarbeiterschaft und der Bauernschaft, denen wir die Auffassung des Sozialismus zum ersten Male in dieser programmatischen Form näherbringen können und wollen. Wir kennen die Schwierigkeiten, die uns auf dem Lande entgegenstehen; aber wir werden um die politische Seele des Landvolkes werben mit der unwiderstehlichen Kraft der inneren Logik, die unserer Weltanschauung innewohnt. In der Nordmark, in dieser rein landwirtschaftlichen Provinz Schleswig-Holstein, haben wir uns ein Agrarprogramm gegeben, das als Dank für die prächtige Aufnahme mit dem Namen der Stadt Kiel ewig verbunden sein wird. (Bravo!)

Die Erziehung des sozialistischen Nachwuchses fand auf unserem Parteitag eingehende Würdigung. Niemand gibt es, der meint, daß Schulmeisterei und Zwangserziehung glückliche Werbemittel in der Jugendbewegung wären. Auch nach der Richtung hin hat der Parteitag die Hoffnungen, die wir auf ihn setzen konnten, in reichstem Maße erfüllt. Er gab uns wertvolle Belehrungen, die unserer Arbeit und unseren Kämpfen neue Kraft geben werden. Wir sind überzeugter denn je, daß wir die Einheitsfront des deutschen kämpfenden Proletariats unter den siegenden Fahnen der deutschen Sozialdemokratie erreichen werden. Wir wissen, wie schwierig der Weg, wie hart der Kampf sein wird; aber gerade dadurch wächst unsere Kraft. Wir wissen, wie groß die Aufgaben sind, die wir im Interesse der leidenden Menschheit zu erfüllen haben, wenn wir sie vor politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Sklaverei schützen wollen. Im Willen zur Macht kämpfen wir für die Wirtschaftsdemokratie bis zu unserem endlichen Siege. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Es lebe der Kampf, es lebe der Sieg! Es lebe die deutsche, es lebe die internationale, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! Sie lebe hoch, hoch, hoch!

(Die Delegierten stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.)

Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches schließt der Parteitag.

(Schluß der Sitzung: 1 Uhr 15 Minuten.)